



WELTGESUNDHEITSORGANISATION
REGIONALBÜRO FÜR EUROPA
KOPENHAGEN

REGIONALKOMITEE FÜR EUROPA
Einundfünfzigste Tagung, Madrid, 10.–13. September 2001

Punkt 6 der vorläufigen Tagesordnung

EUR/RC51/6
5. Juli 2001
10163M/10216M
ORIGINAL: FRANZÖSISCH

PARTNERSCHAFTEN FÜR DIE GESUNDHEIT

Das WHO-Regionalbüro für Europa arbeitet mit einem breiten Spektrum von an Gesundheitsfragen interessierten Partnern zusammen, um sein Ziele zu erreichen und seine Strategien umzusetzen.

In dem vorliegenden Papier werden die kooperativen Tätigkeiten des Regionalbüros während der letzten zwölf Monate beschrieben, und zwar mit besonderem Akzent auf den drei wichtigsten Partnern: dem Europarat, der Europäischen Union und der Weltbank.

Während des letzten Jahres hat das Regionalbüro auch seine Zusammenarbeit mit Organisationen des Verbands der Vereinten Nationen sowie mit zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen fortgesetzt. Anhang 1 zeigt einige ausgewählte Beispiele der gegenwärtigen Zusammenarbeit; Anhang 2 enthält das von der Generaldirektorin am 14. Dezember 2000 unterzeichnete Memorandum, das Gegenstand des Briefwechsels zwischen der WHO und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gewesen ist.

EINLEITUNG

1. Das WHO-Regionalbüro für Europa (WHO/EURO) beteiligt sich an zahlreichen Kooperationsvorhaben, so wie es bisher stets der Fall gewesen ist. Viele dieser Kooperationsvorhaben sind ein legitimer Bestandteil der Bemühungen um effiziente Programme vor Ort und sind häufig auf örtliche Initiativen zurückzuführen. Sie reichen von einer bloßen Mitwirkung an Tagungen, die zusammen mit anderen Institutionen abgehalten werden, bis zur gemeinsamen Umsetzung von Maßnahmen.

2. Die vom Regionalkomitee 2000¹ verabschiedete Länderstrategie sieht eine Verstärkung der Partnerschaften für die Gesundheit vor. Wegen der begrenzten Ressourcen des Regionalbüros für einzelne Länder ist es mehr denn je nötig, gemeinsame synergistische Ansätze mit allen möglichen Partnern einzugehen, unter Wahrung der Werte und strategischen Prinzipien der WHO.

3. Die dem Regionalkomitee auf früheren Sitzungen unterbreiteten Dokumente enthielten eine Liste mit einer Beschreibung der während des betreffenden Jahres durchgeführten Kooperationsvorhaben. In diesem Jahr illustriert das Dokument einen strategischeren Ansatz in Bezug auf die laufenden Partnerschaften. Im letzten Jahr erfolgte dies durch Stärkung der Bindungen zu drei Partnern, die besonders aktiv in der internationalen Gesundheitsarbeit in der Europäischen Region sind, und zwar:

- der Europarat
- die Europäische Union
- die Weltbank.

4. Das WHO-Regionalbüro für Europa vernachlässigt deshalb jedoch keineswegs seine anderen Partner, von denen einige im Anhang 1 aufgeführt sind; es geht mehr darum, die Notwendigkeit der Ausarbeitung von regelrechten Strategien für die Gemeinschaftsvorhaben mit ihnen herauszustellen. Deshalb wird die Zusammenarbeit mit vielen anderen Organisationen des Verbands der Vereinten Nationen fortgesetzt, ebenso wie die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Gremien der bilateralen Zusammenarbeit sowie mit dem erweiterten Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die auf eine lange Tradition der Zusammenarbeit, insbesondere bei Vorhaben vor Ort mit dem WHO-Regionalbüro für Europa zurückblicken.

EUROPARAT

5. Der Europarat wird als ein sehr wichtiger Partner in den Bereichen Ethik und Menschenrechte anerkannt.

6. Neue Gesundheitstechnologien, die Reorganisation der Gesundheitssysteme in ganz Europa, die zunehmende Einbindung bestimmter Akteure auf der Gesundheitsszene (z. B. Privatsektor) sowie die gesundheitlichen Auswirkungen menschlichen Handelns, vor allem die am wenigsten wünschenswerten Auswirkungen (z. B. die Konflikte, von denen Teile der Region betroffen sind) – all das eröffnet „natürliche“ Bereiche für eine Zusammenarbeit: verschiedene Handlungsschwerpunkte haben sich deshalb im letzten Jahr herauskristallisiert und/oder verstärkt.

Aktive Zusammenarbeit bei Gemeinschaftsvorhaben

7. Während des Besuchs des Regionaldirektors in Strassburg, im Dezember 2000, wurde vereinbart, dass das WHO-Regionalbüro für Europa im Kontext der Initiative des Stabilitätspakts für sozialen Zusammenhalt aktiv mit dem Europarat zusammenarbeitet. Der Stabilitätspakt ist ein internationales

¹ Die Länderstrategie des WHO-Regionalbüros für Europa: „Die Dienste den neuen Erfordernissen anpassen“. Kopenhagen, WHO-Regionalbüro für Europa, 2000 (Dokument EUR/RC50/10).

Kooperationsprojekt mit mehr als 60 Partnern, um sich mit der Situation in sieben Ländern Osteuropas (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien und Rumänien) sowie deren Nachbarn (Slowenien, Türkei und Ungarn) zu befassen. Die Gesundheit ist hier nur ein Aspekt. Das WHO-Regionalbüro für Europa ist Partner und Mitglied der Arbeitsgruppe, die – zusammen mit dem Europarat – für die Konzipierung eines Aktionsplans für die Gesundheit zuständig ist. Dieser Aktionsplan wurde im April von dem eigens hierfür ad hoc geschaffenen Gesundheitsnetzwerk für die betreffenden Länder validiert und konsolidiert und sodann den Partnern der Initiative für sozialen Zusammenhalt unterbreitet. Diese Partner haben ihn als zweite Komponente des Aktionsplans für sozialen Zusammenhalt befürwortet und somit die Gesundheitsziele und Strategien festgelegt (abrufbar auf der Internetseite des Stabilitätspakts unter www.stabilitypact.org). Mit den betreffenden Ländern werden spezifische Projekte erarbeitet. Das WHO-Regionalbüro für Europa organisiert in Zusammenarbeit mit dem Europarat eine Tagung mit den betreffenden Gesundheitsministern (Ende August 2001 in Dubrovnik), um das politische Engagement der Teilnehmer sowie die Prioritäten zu bekräftigen. Das Sekretariat der Initiative für sozialen Zusammenhalt wird sodann Projekte auswählen, die auf der zweiten regionalen Finanzierungskonferenz (Bukarest, Oktober 2001) unterbreitet werden sollen. Das Ziel lautet, bis zum nächsten Jahr ein oder zwei Projekte zu finanzieren und zu implementieren, sowie eine Bestandsaufnahme der bereits geleisteten Arbeit vorzunehmen.

Vom Beobachter zum aktiven Partner

8. Das WHO-Regionalbüro für Europa war stets auf den Tagungen des Europäischen Gesundheitsausschusses (CDSP) vertreten; jetzt ist es jedoch voll und ganz in die Arbeit einiger Facharbeitsgruppen und in diesbezügliche Projekte eingebunden; zu nennen sind hier:

- die Arbeitsgruppe „Patient und Internet“
- die Arbeitsgruppe „Auswirkungen von Informationstechnologien“
- Vorbereitung der siebten Konferenz der Gesundheitsminister (Oslo, 2003) zum Thema „Menschenrechte, Würde und Gesundheit“.

Vom Europarat geleistete Arbeit und deren Nutzung am WHO-Regionalbüro für Europa

9. Der Lenkungsausschuss für Bioethik (CDBI) befasst sich mit den Bereichen Biotechnologien und menschliches Genom. Diese Arbeit bildet eine solide Grundlage, auf der das Regionalbüro für Europa aufbauen kann. Es wurde beschlossen, hier keine Doppelarbeit zu leisten. Im Kontext von Projekten, die das WHO-Hauptbüro zu diesen Themen durchführt (ein besonderer Bericht für die Generaldirektorin über das menschliche Genom, die ELSI-Initiative betreffend (ethische, rechtliche und soziale Implikationen, eine Biotechnologie-Konferenz für Entwicklungsländer) wurde insbesondere vorgeschlagen, die Ansichten des Europarats zu berücksichtigen anstatt WHO-spezifische regionale Konsultationen zu organisieren.

Zusammenarbeit mit anderen Organen des Europarats

10. Im Mai 2000 hat der Sonderbeauftragte der Generaldirektorin der Russischen Föderation mit der zuständigen Generaldirektion des Europarats für rechtliche Angelegenheiten ein Abkommen über Tätigkeiten im Zusammenhang mit Tuberkulose in Gefängnissen unterzeichnet. Das Regionalbüro beteiligt sich am Expertenausschuss für pharmazeutische Fragen und an der Arbeit der Pompidou-Gruppe (Drogenmissbrauch und Abhängigkeit).

Dreiseitige Zusammenarbeit zwischen der WHO, dem Europarat und der Europäischen Kommission

11. Die offizielle Festschreibung dieser Art der Zusammenarbeit wird gegenwärtig untersucht. Das Gemeinschaftsprojekt Europäisches Netzwerk der gesundheitsfördernden Schulen wird fortgesetzt. Für dieses Projekt gibt es in jedem der 40 beteiligten Länder einen Koordinator. Diese Koordinatoren bezwecken, Schulkinder dazu anzuregen, in gesundheitlicher Hinsicht Verantwortung zu übernehmen, und sie entsprechend zu unterweisen.

12. Es ist vorgesehen, künftig diesen Weg weiterzuverfolgen und sich noch aktiver an der Arbeit des Europarats zu beteiligen, durch Ausbau von Gemeinschaftsprojekten, und, je nach Bedarf, Initiierung von neuen Projekten: beispielsweise erstrecken sich die vom Europarat behandelten Themen nicht auf alle Bereiche, in denen das WHO-Regionalbüro für Europa auf dem Gebiet der Ethik tätig werden kann. Zu diesem Ergebnis kam eine vom Ständigen Ausschuss des Regionalkomitees beauftragte Sondergruppe über Ethik. Diese Gruppe hofft, dass das Regionalbüro für Europa einen ethischen Ansatz wählt, der sich auf die Organisation und Finanzierung von Gesundheitssystemen konzentriert. Dementsprechend bemüht man sich, diese Themen in Partnerschaft mit dem Europarat weiter zu entwickeln.

EUROPÄISCHE UNION

13. Eine sehr große Zahl von Gemeinschaftsvorhaben zu einem breiten Themenkreis wird gegenwärtig mit verschiedenen Sektoren der Europäischen Kommission durchgeführt. Insbesondere werden Dokumente über den Gesundheitsstatus der Bevölkerung gemeinsam herausgegeben; beide Organisationen sind in Arbeitsgruppen über Methoden zur Sammlung von Gesundheitsdaten vertreten und das WHO-Regionalbüro für Europa nimmt an Tagungen der EU-Amtsärzte teil. Des Weiteren ist es an Umweltprojekten beteiligt und im Zuge des TACIS-Programms an der Zusammenarbeit mit den neuen unabhängigen Staaten, ferner am HOPE-Projekt und es arbeitet mit der Europäischen Kommission hinsichtlich der Harmonisierung der Arzneimittelzulassungsbestimmungen zusammen. Des Weiteren haben die beiden Organisationen gemeinsam die Stockholmer Konferenz über Jugend und Alkohol organisiert, an der das für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige Mitglied der Europäischen Kommission teilgenommen hat.

14. Verschiedene Ereignisse in jüngster Zeit lassen neue Bemühungen um Zusammenarbeit mit der Europäischen Union geboten erscheinen:

- Der von der WHO-Generaldirektorin und dem für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission unterzeichnete Briefwechsel zwischen der WHO und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften basiert auf einem mit Unterstützung des WHO-Büros bei der Europäischen Union erstellten Memorandum über den Rahmen und die Regelung der künftigen Zusammenarbeit (siehe Anhang 2). Die Prioritäten sind um verschiedene Schwerpunkte gruppiert: Methoden, Strategien und Gesundheitsprogramme in Bezug auf spezifische Krankheiten (Tuberkulose, HIV/Aids, neu auftauchende Krankheiten, Malaria und Resistenz gegen antimikrobielle wirksame Substanzen); Umweltkriterien, speziell mit Blick auf Sicherheit und Schutz der Gesundheit; Entwicklung und Armut; sowie Prioritäten für Forschung und technologische Entwicklung im Gesundheitsbereich.
- Veränderungen innerhalb der Europäischen Kommission selbst:
 - Das Programm über öffentliche Gesundheit muss bis Ende 2001 verabschiedet werden. Es erstreckt sich auf verschiedene Tätigkeitsbereiche, die denen des WHO-Regionalbüros für Europa entsprechen: Gesundheitsinformationssysteme, Reaktion auf Gesundheitsbedrohungen, Umwelt und Gesundheit, Überwachung von übertragbaren Krankheiten, Maßnahmen in Bezug auf Gesundheitsdeterminanten, Lebensmittelsicherheit und Ernährung;
 - Die Europäische Kommission hat klar zum Ausdruck gebracht, dass Gesundheitsaspekte auch in anderen europäischen Politiken Berücksichtigung finden müssen. Gleichzeitig ist die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz (SANCO) mit der Leitung der *Groupe Interservice Santé* (für abteilungsübergreifende Gesundheitsfragen), die für die „Koordinierung“ bzw. zumindest für die Auflistung der gesundheitsbezogenen Tätigkeiten der Kommission verantwortlich ist, betraut worden. Somit sollte jegliche Kooperation des Regionalbüros letztlich mit dieser Generaldirektion Abteilung Öffentliche Gesundheit assoziiert werden;
 - Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und Drittländern wird im Rahmen einer einheitlichen Struktur (AIDCOP) vereinfacht und reorganisiert. Diese strukturelle Vereinfachung sollte neue Möglichkeiten für das Regionalbüro bieten.

- Der Prozess der EU-Erweiterung, der die Zusammensetzung der Europäischen Union verändern wird. In diesem Kontext hat das Regionalbüro eine Beurteilung der Situation in den Beitrittsländern durchgeführt. Streng genommen fällt der Beitrittsprozess selbst nicht unter das Mandat der WHO, doch könnte er Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung in den betreffenden Ländern sowie auf die Beziehungen zwischen dem WHO-Regionalbüro für Europa und der Europäischen Union haben. Die durchgeführte Situationsanalyse kann als Orientierungshilfe für die Zusammenarbeit mit diesen Ländern in diesem spezifischen Kontext dienen, insbesondere in Bezug auf die Überwachung des Gesundheitsstatus und den Informationsaustausch. Am Rande der Tagung des Regionalkomitees wird eine Podiumsdiskussion zu dieser Frage veranstaltet werden.

15. Parallel haben sich das WHO-Büro bei der Europäischen Union in Brüssel und die Europäische Kommission eingehend damit befasst, die Aufgabenbereiche der beiden Organisationen zu beschreiben und laufende Kooperationsvorhaben und Gemeinsamkeiten der organisatorischen Strukturen (die sich nicht ohne weiteres entsprechen) aufzuzeigen. Für Mitarbeiter des Regionalbüros hat das Brüsseler WHO-Büro bereits Informationsveranstaltungen zur Erweiterung der Kenntnisse über die europäischen Institutionen durchgeführt und wird dies auch künftig tun.

WELTBANK

16. Auf Länderebene besteht bereits eine weitreichende Zusammenarbeit mit Teams der Weltbank. Diese Zusammenarbeit ist häufig das Resultat örtlicher Initiativen und guter Arbeitsbeziehungen zwischen dem Team und WHO/EURO-Mitarbeitern. Als Beispiel ist hier die Zusammenarbeit in den Bereichen Drogen, Armut, Analyse und Finanzierung von Gesundheitssystemen, Gesundheitsförderung und Umwelt zu nennen. Zu den betreffenden Ländern gehören vor allem Aserbaidschan, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien und die Türkei. Die durch die Arbeit des Europäischen Observatoriums für Gesundheitssysteme etablierten Partnerschaften bringen beispielsweise andere Geber, Finanz- und Koordinierungsorganisationen wie die Europäische Investitionsbank, die Regierungen von Griechenland, Norwegen und Spanien, die London School of Economics and Political Science, die London School of Hygiene and Tropical Medicine, und die Soros Foundation/Open Society Institute einerseits und andererseits alle Länder der Europäischen Region zusammen, um Länderberichte und Situationsbeurteilungen zu produzieren.

17. Anlässlich eines Besuchs bei der Weltbank in Washington – bei dem er mit allen Projektleitern, die für die Länder im Tätigkeitsbereich des Regionalbüros zuständig sind, zusammentraf – hat der Regionaldirektor eine detaillierte Bestandsaufnahme der gegenwärtigen und künftig wünschenswerten Zusammenarbeit in den einzelnen Ländern vorgenommen. Sein Besuch hat auch bestätigt, dass diese Kooperationsvorhaben bei gutem Verlauf von großem Nutzen für beide Organisationen sind – andererseits sieht auch niemand den Vorteil, wenn es keine solche Zusammenarbeit gibt. Die Notwendigkeit eines stärker strukturierten Ansatzes wurde unterstrichen, vor allem da die jeweiligen Mandate der WHO und der Weltbank komplementär und potenziell synergistisch sind. Spezifischer gesehen hat das Regionalbüro die fachliche Kompetenz und Legitimität zur Analyse und zur Beratung über die Gestaltung von gesundheitspolitischen Konzepten, was von der Weltbank klar anerkannt wird.

18. Eine offizielle Kooperationsvereinbarung für den amerikanischen Kontinent ist von der Weltbank und der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (dem WHO-Regionalbüro für Gesamtamerika) unterzeichnet worden.

19. Es ist vorgesehen, im September 2001 in Kopenhagen ein Treffen mit den für europäische Angelegenheiten zuständigen Mitarbeitern der Weltbank zu organisieren, um die Erarbeitung einer Strategie für eine stärker strukturierte Zusammenarbeit mit dem Regionalbüro fortzusetzen.

ABSCHLIESSENDE BEMERKUNGEN

20. Das Regionalbüro hat sich für einen stärker strukturierten Ansatz bei der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen entschieden. Dieses stufenweise Vorgehen basiert auf einer Standortbestimmung bezüglich der gegenwärtigen Kooperation sowie einem besseren Verständnis der Erwartungen und Orientierung der betreffenden Partner. Während des letzten Jahres hat sich diese Initiative hauptsächlich auf den Europarat, die Europäische Union und die Weltbank bezogen. Der Prozess wird indessen fortgeführt und intensiviert, wobei dieselbe Strategie auch auf andere Partner wie Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, Gremien zur bilateralen Zusammenarbeit, andere internationale Organisationen und NGOs angewendet wird. Zu diesem Zweck wurde ein neuer regionaler Berater am Regionalbüro eingestellt.

Anhang 1

AUSGEWÄHLTE BEISPIELE FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN ORGANISATIONEN

VERBAND DER VEREINTEN NATIONEN

Während des Jahres gab es eine laufende Zusammenarbeit mit Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) sowie dem gemeinsamen HIV/Aids-Programm der Vereinten Nationen (UNAIDS). Nachstehend sind Beispiele der Zusammenarbeit mit bestimmten Organen der Vereinten Nationen aufgeführt.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen und Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa

UNEP und UN/ECE sind aktive Mitglieder des Europäischen Ausschusses für Umwelt und Gesundheit.

WHO/EURO und UN/ECE bilden gemeinsam das Sekretariat für die Umsetzung des Protokolls über Wasser und Gesundheit zum Übereinkommen von 1992 über den Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen.

WHO/EURO kooperiert bei der Erarbeitung eines rechtlich bindenden internationalen Protokolls über die strategische Abschätzung der Umweltauswirkungen zum UN/ECE-Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Konvention).

WHO/EURO und UN/ECE haben gemeinsam eine Tagung auf hoher Ebene über Verkehr, Umwelt und Gesundheit organisiert. Diese Tagung fand am 4. Mai 2001 in Genf statt und man war sich darin einig, dass weitere Vorarbeiten nötig seien bevor entschieden werden könne, ob die Verhandlungen bezüglich einer Rahmenkonvention über Verkehr, Umwelt und Gesundheit eingeleitet werden sollten. Diese Arbeit sollte auf internationaler Ebene von einer – im Rahmen des gemäß der Charta von London und der Erklärung von Wien vorgesehenen Prozesses etablierten – Dreier-Task-Force durchgeführt werden, zur Vorbereitung einer zweiten, für 2002 anberaumten Tagung auf hoher Ebene.

UNEP wird auch das Sekretariat der vorstehend erwähnten Dreier-Task-Force unterstützen. Außerdem beteiligt sich WHO/EURO am Mittelmeer-Aktionsplan, der unter der Schirmherrschaft von UNEP umgesetzt wird.

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

WHO/EURO, die FAO und das internationale Amt für Epizoonosen (OIE) hielten vom 11. bis 14. Juni 2001 eine globale Tagung in Paris ab, um Fragen bezüglich der durch die Rinderseuche BSE (Bovine spongiforme Encephalitis) in den Ländern der Europäischen Union hervorgerufenen Krise zu erörtern. BSE hat globale Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und Tieren, ebenso auf den internationalen Handel. Mit zunehmender Sorge werden jetzt folgende Fragen gestellt: Was kann man ohne Risiko essen? Wird genug getan, um die Bevölkerung gegen BSE zu schützen? Wie verbreitet sich BSE? Was können Wissenschaftler und Entscheidungsträger tun, um die Kommunikation über die Risiken von BSE zu verbessern?

United Nations Inter-Agency Group

Verschiedene Gemeinschaftsvorhaben wurden vom Europäischen Netzwerk für gesundheitsfördernde Schulen (ENHPS) und der United Nations Inter-Agency Group on Young People's Health Development and Protection initiiert. Dazu gehören Maßnahmen im Zuge eines Arbeitsplans betreffend Aufklärungsprogramme (Life Skills Education programmes) für Dozenten von Lehrerausbildungsinstituten in den drei baltischen Staaten und in vier mittel- und osteuropäischen Ländern (Bulgarien, Polen, Slowakei und Tschechische Republik).

Andere Organisationen der Vereinten Nationen

Das Büro des Sonderbeauftragten der WHO-Generaldirektorin (DGR) in der Russischen Föderation unterhält häufige und extensive Kontakte mit allen in diesem Land tätigen Organisationen der Vereinten Nationen; die humanitäre Krise im nördlichen Kaukasus hat sogar zu täglichen Kontakten mit Vertretern des Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), des Büros der Vereinten Nationen für Koordinierung und Humanitäre Angelegenheiten, des Welternährungsprogramms und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) geführt. Es besteht auch eine enge Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und dem gemeinsamen HIV/Aids-Programm der Vereinten Nationen (UNAIDS).

Die Themengruppe der Vereinten Nationen über HIV/Aids setzt sich zusammen aus den Ko-Sponsoren von UNAIDS: WHO, Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, UNICEF, ILO, Weltbank und UNHCR. Die Themengruppe organisierte im November 2000 in Moskau eine gemeinsame Konferenz über HIV/Aids, auf der ungefähr 20 Millionen US-Dollar von den Geberstellen erbeten wurden. Als direktes Ergebnis dieser Konferenz wurde das erste Projekt zur HIV-Prävention von der WHO aufgenommen.

Im Laufe des letzten Jahres wurden zwei konsolidierte Appelle der Vereinten Nationen vorbereitet, woraufhin die WHO von Geberstellen 2,1 Millionen US-Dollar erhalten hat, um die humanitären Hilfsprogramme der Organisation im nördlichen Kaukasus durchzuführen.

Im Juni 2000 haben die Organisationen der Vereinten Nationen in der Russischen Föderation – unter der Leitung des dortigen UN-Koordinators – mit der Vorbereitung einer gemeinsamen Standortbestimmung „Common Country Assessment (CCA)“ begonnen, auf die zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr ein United Nations Development Assistance Framework (UNDAF) folgen soll. Der CCA-Entwurf wurde im Februar 2001 fertiggestellt. In dem – unter der Leitung des DGR verfassten – Kapitel über den Gesundheitssektor werden die Aufgaben und künftigen strategischen Ansätze im Gesundheitssektor analysiert.

ANDERE INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Das Regionalbüro unterhält seit langem Beziehungen zur OECD. Umwelt und Gesundheit ist einer der wichtigsten Bereiche der Zusammenarbeit, wobei sich die Tätigkeiten auf Nuklearunfälle, Chemieunfälle, Stadtentwicklung und Luftgüte erstrecken. Die beiden Organisationen arbeiten auch im Zuge des Projekts Gesunde Städte zusammen und Gesundheitsdaten werden laufend ausgetauscht.

Der im Dezember 1999 unterzeichnete Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der OECD und der WHO nennt die folgenden Kernbereiche für die Kooperation:

- statistische Beschreibung und Analyse von Gesundheitssystemen,
- Biotechnologie, Lebensmittelsicherheit und Chemikalien-Management sowie
- Entwicklungsindikatoren.

Globale Umweltfazilität

Die 1991 gegründete und nach dem „Erdgipfel“ in Rio restrukturierte Globale Umweltfazilität (GEF) vereint 166 Mitgliedsregierungen, die Wissenschaftlergemeinschaft sowie ein breites Spektrum von privaten und nichtstaatlichen Organisationen mit dem Ziel der Erörterung einer gemeinsamen globalen Agenda.

Das GEF-Programm Internationale Gewässer (International Waters Programme) war ein Bereich besonders enger Zusammenarbeit. Seit Einsetzung der GEF hat sich das Regionalbüro maßgeblich an der Entwicklung von wichtigen Programmen beteiligt; hier sind beispielsweise der strategische Aktionsplan für das Donaubecken und der strategische Plan für das Schwarzmeer zu nennen. Ein Kooperationsprojekt über Badegewässer und Grundwasser-Management in der Region Kaspisches Meer läuft gegenwärtig.

Neue besonders interessante Möglichkeiten für die Zusammenarbeit ergeben sich aus dem Übereinkommen von Stockholm über persistente organische Schadstoffe, das demnächst in Kraft treten soll.

Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft

Die Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft CAEC (Central Asian Economic Community) vereint Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan.

Anlässlich des Besuchs des Regionaldirektors vom April 2000 in Kirgisistan wurde eine Vereinbarung („Memorandum of Understanding“) mit dem Exekutivausschuss des CAEC Interstate Council unterzeichnet.

ANDERE ORGANISATIONEN EINSCHLISSLICH NGOS

Russische Rotkreuzgesellschaft

Der Sonderbeauftragte der WHO-Generaldirektorin in der Russischen Föderation hat mit der russischen Rotkreuzgesellschaft eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit unterzeichnet. Zu den Kooperationsvorhaben gehören Tätigkeiten auf dem Gebiet der Tuberkulosebehandlung sowie humanitäre Hilfsmaßnahmen im nördlichen Kaukasus.

EuroPharm Forum

Das 1992 gegründete EuroPharm Forum hat sich das Ziel gesetzt, die Gesundheit in Europa durch eine Partnerschaft zwischen den europäischen Apothekerverbänden und der WHO zu verbessern. Auf der neunten Jahrestagung im Oktober 2000 beschlossen die 92 Forum-Teilnehmer aus 28 Ländern, mit der Datensammlung zu beginnen, um die Resultate der Projektumsetzung zu beurteilen. Zwischenergebnisse wurden auch in Bezug auf das Partnerschaftsprogramm vorgelegt, in dem mittel- und osteuropäische Länder mit westeuropäischen Ländern im Zuge einer Patientenaufklärungskampagne unter dem Motto „Ask about your medicines“ zusammenarbeiten.

Europäisches Forum der Ärzteverbände und der WHO

Das Büro der Sonderbeauftragten der Generaldirektorin hat mit ausgewählten nationalen Ärzteverbänden in der Russischen Föderation Kontakte unterhalten, um die komplizierte Situation dort zu klären.

Soros Foundation/Open Society Institute

Das Open Society Institute war an zahlreichen Projekten des Regionalbüros beteiligt. Ein „Memorandum of Understanding“ wurde als Rahmen für eine Strategie zur umfassenderen Zusammenarbeit unterzeichnet.

Anhang 2

MEMORANDUM

ÜBER DEN RAHMEN UND DIE REGELUNG DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN
DER WELTGESUNDHEITSORGANISATION UND DER KOMMISSION DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

